

PRESSEINFORMATION

Zur Entlastung der Kommunen von Altschulden

Meyer-Heder und Aulepp: „Wir brauchen eine mehrheitsfähige Altschuldenregelung“

Die beiden Landesvorsitzenden von SPD und CDU, Sascha Karolin Aulepp und Carsten Meyer-Heder, haben sich in einem gemeinsamen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Finanzminister Olaf Scholz (SPD) gewandt.

„Wir halten eine Entlastung der Kommunen von den „Corona-Folgen“ für genauso sinnvoll und zwingend wie ein umfangreiches Konjunkturprogramm, das sich konsequent an Innovation, Bildung, Forschung und Klimaschutz orientiert.“ Mit diesen Worten unterstreichen Carsten Meyer-Heder (CDU) und Sascha Karolin Aulepp (SPD) die Notwendigkeit, den Kommunen finanziell aus der Krise zu helfen und Spielräume für Investitionen zu ermöglichen.

„Wir müssen das gemeinsame Interesse nach vorne stellen. Die Menschen in unserem Land erwarten heute Unterstützung, nicht in ferner Zukunft.“ betont Aulepp. Jetzt sei keine Zeit für parteipolitisches Taktieren. „Es geht um Bremen und darum, diesem Land eine Perspektive zu bieten“, so Meyer-Heder. „Dafür müssen wir jetzt gemeinsam arbeiten.“

Ein gemeinsames Agieren wünschen sich die Landesvorsitzenden auch zwischen Bundesregierung und Bundesländern. „Diese Hilfen sind zu wichtig, als dass wir sie jetzt durch einzelne Streitherde verspielen können“, so Meyer-Heder. „Wir brauchen eine sorgfältige und zentrale Abstimmung mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, wir brauchen eine solidarische Mehrheit.“ „Das ist eine tiefe Krise, in der wir uns befinden“, unterstreicht Frau Aulepp, „wenn wir die Folgen bewältigen wollen, müssen alle an einem Strang ziehen.“

Verbunden mit der Bitte nach „raschen Entscheidungen, die die Situation der Länder in den Blick nehmen“ ist der Dank für die umsichtige und kluge Politik der Bundesregierung in den letzten Wochen.

Anlage: Gemeinsames Schreiben der Bremer Landesvorsitzenden von CDU und SPD an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesminister der Finanzen Olaf Scholz

Verantwortlich:

Alexa v. Busse | CDU-Pressesprecherin
Festnetz +49 421 308 94 43
Mobil +49 162 2600916
vonbusse@cdu-bremen.de

Roland Pahl | SPD-Landesgeschäftsführer
Festnetz +49 421 350 18 13
Mobil +49 177 350 18 13
roland.pahl@spd.de



Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Herrn Bundesminister der Finanzen Olaf Scholz

Bremen, 28. Mai 2020

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel, sehr geehrter Herr Finanzminister Scholz,

zunächst möchten wir uns ausdrücklich bei Ihnen bedanken, wie umsichtig und hilfreich die gesamte Bundesregierung mit der Corona-Pandemie und ihren Folgen bislang umgegangen ist. Wir werden von vielen Ländern auf der Welt ob dieser klugen Politik beneidet. Wir bitten Sie ausdrücklich, diesen Weg konsequent fortzusetzen.

Die bislang beschlossenen schnellen Hilfen des Bundes im Zeichen der Krise waren außerordentlich hilfreich. Derzeit wird auf Bundesebene über ein Konjunkturprogramm und solidarische Hilfen für die Städte und Gemeinden diskutiert und gerungen. Wir begrüßen das ausdrücklich. Die Auswirkungen der Corona-Krise treffen Städte und Gemeinden überall in Deutschland hart: Die Gesundheitskosten steigen, Ausgaben für soziale Leistungen wachsen, während eigene Einnahmen aus kommunalen Einrichtungen wegfallen. Gleichzeitig brechen die Steuereinnahmen ein. Allen voran sinkt die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Kommunen dramatisch.

Wenn die Städte und Gemeinden in dieser Krise nicht mehr investieren können, wird die Wirtschaft mit Sicherheit nicht anspringen. Wir brauchen daher die regionale Wertschöpfung vor Ort. Einsparungen in dieser Zeit würden außerdem ein falsches Signal senden und eine zusätzliche Abwärtsspirale in Gang setzen. Wir halten deshalb eine Entlastung der Kommunen von den „Corona-Folgen“ für genauso sinnvoll und zwingend, wie ein umfangreiches Konjunkturprogramm, das sich konsequent an Innovation, Bildung, Forschung und Klimaschutz orientiert.

Wichtig ist aus unserer Sicht, dass es schnelle Hilfen gibt, weil die Kosten um ein Vielfaches höher werden, wenn es nicht zeitnah gelingt, kommunale Infrastruktur und Daseinsvorsorge trotz Krise zu erhalten. Gut wäre eine Lösung, die einerseits die kommunale Entlastung hinsichtlich der „Corona-Folgen“ berücksichtigt und andererseits eine pragmatische mehrheitsfähige Altschuldenregelung vorsieht. Hierzu bitten wir Sie um eine sorgfältige Abstimmung, auch mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten.

Was wir darüber hinaus natürlich in erster Linie brauchen, sind rasche Entscheidungen, die die Situation der Länder in den Blick nehmen und dabei auch berücksichtigen, ob Kommunen bereits entschuldet wurden. Im Sinne einer schnellen Einigung sollte für parteipolitisches Taktieren kein Platz sein. Wir schreiben diesen Brief an Sie bewusst gemeinsam, um diese Haltung zu unterstreichen.

Es ist der Bundesregierung bislang gut gelungen, tragbare und pragmatische Wege zu finden. Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck, dass das auch bei den jetzt anstehenden Schritten gelingen wird. Wir wünschen Ihnen für die Ihre Arbeit weiterhin ein „gutes Händchen“.

Mit den besten Grüßen aus Bremen



Sascha Karolin Aulepp
Landesvorsitzende der SPD Bremen



Carsten Meyer-Heder
Landesvorsitzender der CDU Bremen